

# Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis ist freibleibend. Der Probebezug beträgt 2.— Geldwert ohne Beleggeld. Bezugsbedingungen sind Seite zehn unter Monatsbeginn zu erfahren. Inhalt der Ausgaben: Annahmen: Seite zehn vormittags. Die Ausgaben werden nach Einzel- und Familien-Zellen berechnet; die Preise sind freibleibend. Druckort: Halle. Druckerei: Druckerei- und Verlagsanstalt „Halle'sche Zeitung“ in Halle. Druckerei: Druckerei- und Verlagsanstalt „Halle'sche Zeitung“ in Halle. Druckerei: Druckerei- und Verlagsanstalt „Halle'sche Zeitung“ in Halle.

## Der Krach im Hitlerprozess.

Von unserem Sonderberichterstatter.

München, 6. März.

Schon vor zwei Tagen mußte ich darauf hinweisen, daß die schlechtesten Freunde der Angeklagten ihre Verteidiger sind; schon damals mußte ein unmerklicher Jubel über die Befürchtung der Annahme krummer Anträge auf und Behauptungen zum Anklagen der Angeklagten Dinge, die sich nachher nicht aufrecht erhalten lassen. Es werden heute bei Beginn der Sitzung gleich verschiedene eingegangene Berichtigungen von Reichswehr und Polizeiführern durch den Vorsitzenden verlesen, auf die von den Anwaltschaften aus nichts Rechtes erwidert werden kann.

Auch die etwas groteske Figur des Hiltner'schen „Preßescheff“ Hoffmann, ein ehemaliger kleiner Polizeibeamter, erklärt heute eine eigenartige Behauptung. Hoffmann, der zu seinem Glück nicht verurteilt worden ist, hat seinen Mund wieder vollkommen und unter anderem behauptet, er habe die Polizeilaufbahn aufgegeben, weil er der Republik den Treue habe leisten wollen. Es wird ihm heute nachgewiesen, daß er erstens mündlich und schriftlich den Eid doch geleistet hat, und daß er zweitens nur wegen Nichtbestehens der Prüfung zum Kriminalnachschreiber verurteilt worden ist. Es gibt sicherlich noch Menschen ähnlich zweifelhaften Gentlemen, wie diesen „Preßescheff“ Hoffmann in dem Kommando des Reichswehr und der anderen wütenden Führer. Das ist ja heute keine kleine Gemeinheit von reinen Wärtnern mehr, sondern eine Wunde und eine Wunde, der noch dem Schwere alle mögliche Luft gibt.

In diesem Augenblick kommt es im Münchener Gerichtssaal zum Krach. Der Verteidiger Brändlers, Justizrat Kohl, ein kleiner fatter Choleriker, genannt die „Bombe von Schwabinger“, bekommt die Zurechtweisung, Kohl, ursprünglich Oberlehrer, dann Zeitungsmann, der sich vor einiger Zeit den Nationalsozialisten angeschlossen hat und daher als Parteigenosse mit Brändlers Verteidigung beauftragt worden ist, ist dem Gericht und den Zuhörern schon längst auf die Nerven gefallen. Er plustert sich auf und fohrt wie ein Truthahn. Er ist es, der immer wieder die Münchener Adresse des Korrespondenten Ehrhardt nennt und höhnlisch fragt, warum man nicht auch den verurteilten Kohl, wobei man dem „Wortführer“ Ehrhardt bei den Nationalsozialisten jetzt als Vertrauensmann Rades gibt, weil er, erst am 9. November von Koburg her, in München eingetroffen, den Staatsrat bereits zusammengebrochen vorfindet und nun natürlich nur noch die Ausübung aller nationalen Elemente miteinander betreiben konnte. Justizrat Kohl ist es auch, der immer wieder nach dem „Wortführer“ Ehrhardt bei den Nationalsozialisten jetzt als Vertrauensmann Rades gibt, weil er, erst am 9. November von Koburg her, in München eingetroffen, den Staatsrat bereits zusammengebrochen vorfindet und nun natürlich nur noch die Ausübung aller nationalen Elemente miteinander betreiben konnte.

Der Kohl erklärt sich heute wegen der gelassenen Verhaftung eines Hauptmanns a. D. Weich, des hat mit der Verteidigung Brändlers nicht das geringste zu tun. Weich ist nur ein persönlicher Freund und Parteigenosse Kohls. Schließlich verzicht sich Kohl soweit, von einem „Verhaltensgenosse“ der Staatsanwaltschaft zu sprechen. Vergeblich versucht der Vorsitzende einzugreifen. Der heulende Hiltner Justizrat überbricht ihn.

Er erhebt sich, stützt sich auf den Tisch und, das mit Recht, der erste Staatsanwalt Stenglein, legt sein Verzet auf, erklärt unter solchen Beschimpfungen nicht weiter antworten zu können und bittet seinen Kollegen Ehrhart um Erlebigung der letzten Formalitäten und verläßt den Saal. In der nun folgenden kurzen Pause wird Herr Kohl von seinen äußerst betretenen Kollegen Jährling angeheult, so daß er sich nachher zu einer Art Entschuldigung herbeiließt. Jährling erklärt, er habe die Verhaftung des Weich nicht verteidigt sein Bedauern aus. Beim Wegang Stengleins hat Kohl höhnlisch gerufen: „Es gibt ja noch mehr Staatsanwälte“, jetzt erweist es sich, daß auch der zweite Staatsanwalt Ehrhardt keine Anwesenheit lediglich den regulären Ablauf der Sitzung herbeiführen will, im übrigen aber nicht daran denkt, weiter zu verfahren, als er neue Verfügungen seiner Vorgänger eingeholt hat. Die Sitzung wird also auf morgen vertagt.

Das ist mehr, als die bloße schriftliche Dissonanz eines einzigen Verhandlungstages. Wäre sie sich nicht wieder zu harmonischem Zusammenarbeiten — zum Glück ist der Vorfall aber bereits in Selbigen begriffen, dann wäre der ganze Prozeß gefährdet. Am 1. April hört die Volksgericht in Bayern auf. Dann wird wieder der Staatsgerichtshof in Leipzig zuständig.

### Die Entschuldigungen des Rechtsanwalts Kohl.

München, 7. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die Verhandlung beginnt unter großem Andrang des Publikums erst gegen 1 Uhr. Die beiden Staatsanwälte Dr. Stenglein und Dr. Ehrhardt und erschienen. Sofort erhebt sich Justizrat Kohl und gibt folgende Erklärung ab:

Ich habe gestern morgen in Anwesenheit des Ersten Staatsanwalts eine Erklärung abgegeben, deren Inhalt dem Herrn Ersten Staatsanwalt inzwischen durch die Presse bekanntgeworden sein dürfte. Ich gebe heute, nachdem der Herr Staatsanwalt persönlich anwesend ist, aus freiem Willen und aus eigener Entschuldigungs folgende Erklärung ab: Ich habe gestern in der Erregung über die Verhaftung des Hauptmanns Weich, den ich persönlich außerordentlich hochschätze, Ausfahrungen gemacht, die den Staatsanwalt außerordentlich verletzt haben. Eine Ehrenrettung des Herrn Staatsanwalts lag nicht in meiner Hand. Ich habe nicht an den Vorfall zu behaupten und den Staatsanwalt um Entschuldigungen zu bitten, was ich hiermit tue.

Justizrat Dr. Schramm nimmt Bezug auf die bereits einmal abgegebene Erklärung, laut welcher die sämtlichen Verteidiger hätte sein werden, dafür einzutreten, daß der Prozeß wie bisher lo auch weiter in durchaus sachlicher Weise geführt wird. Vorherüber: Es gläubt, daß der gelassene Vorfall damit erledigt ist. Rechtsanwalt Dr. Weich erklärt, daß er die allgemeine Zeugenvernehmung eingeleitet werde, in erster Linie die Herren Kohl, Radowitz und Seiffert zu vernehmen, ob sie in der Bürgerdirekt-Berichtung nur Scheinverurteilungen abgegeben haben. Das Gericht fährt dann in der allgemeinen Zeugenver-

nehmung fort. Als erster Zeuge wird der Hauptstaatsanwalt Adolf Schiedt vernommen. Der Berichtung im Bürgerdirekt sei eine kleine Konferenz vaterländischer geistiger Männer vorausgegangen, bei der erzwungen wurde, ob es nicht möglich sei, dem Generalstaatskommissar Belegungen zu geben, den Kampf gegen den Marxismus zu begründen und diesem zunächst negativen Ziele auch ein positives an die Seite zu legen. Der Generalstaatskommissar habe dies gebilligt. Zeuge hatte die Überzeugung nicht, daß das Ganze eine Komödie sei. Schiedt schließt dann die Verlesung nach der Berichtigung. Kohl habe ihm den Auftrag gegeben, die

Ausgabe der Morgenblätter zu verdienen. Auf eine Frage des Staatsanwalts Ehrhart an den Zeugen, ob er erwartet hätte, daß Kohl, Radowitz und Seiffert das Unternehmen ernstlich mitmachen, antwortete Schiedt, daß er das nicht erwarten konnte, denn dann hätte eine völlige Einverständnis einzuwirken müssen. Rechtsanwalt Holl wünscht Auskunft darüber, mit welchen Herren sich Schiedt wegen der programmatischen Erklärung Kohls über den Marxismus in Verbindung gesetzt habe. Schiedt erklärt, daß er vom Generalstaatskommissar den Auftrag habe, nur über Dinge, die mit dem 8. und 9. November in direktem Zusammenhang stehen, Angaben zu machen. (Die Verhandlung dauert fort.)

## Die Kontrollnote in Berlin.

England droht mit Fortführung der bisherigen Kontrolle.

Berlin, 7. März. (Eig. Drahtmeldung.) Der Inhalt der Note über den Beschluß der Vorkontrollkommission in Bezug auf den Erlaß der Militärkontrollkommission durch ein kleineres Gremium ist heute vormittag durch Drahtmeldung der Pariser Politik für bekanntgemacht. Er deutet sich mit den vorangehenden Pressemeldungen. Die Note ist in der Form höflich gehalten. Ihr Wortlaut wird voraussichtlich morgen veröffentlicht werden.

London, 7. März. (Eig. Drahtmeldung.) Die „Times“, die „Daily Mail“ und die „Daily Telegraph“ weilen heute in einbringlichen Worten darauf hin, daß, wenn die deutsche Regierung sich nicht dazu entschließen könne, die von der Vorkontrollkommission angenommenen Vorläufe über die Umgestaltung der Militärkontrollkommission im Geiste der Entgegenkommen zu bekräftigen und anzunehmen, man sich von englischer Seite nicht länger dagegen sträuben wird, daß der bisherige Kontrollapparat, der so hoffnungslos sei und Anlaß zu so vielen Meinungen gegeben habe, in Zukunft auch weiterhin seine volle Tätigkeit ausüben solle.

## Um die Ausfuhrabgabe.

London, 7. März. Der konservative Antrag, als Protest gegen die deutsch-englische Vereinbarung über die Ausfuhrabgabe, das Budget zu kürzen, wurde vom Unterhaus mit 240 gegen 170 Stimmen abgelehnt. Die Liberalen stimmten für die Regierung.

## Neuwahl des Reichstages im Mai.

Berlin, 7. März. Während der heutigen Plenarsitzung des Reichstages fanden Parteiführerbesprechungen statt, in denen die Dispositionen für die nächsten Tage besprochen wurden. Es ist in Aussicht genommen, den Sonnabend sitzungsfrei zu belassen, eventuell auch den Montag. Die endgültige Entscheidung darüber soll der Reichstag treffen, der am Freitag um 12 Uhr zusammentritt. Es soll noch der Notetat und der Gesetzentwurf über die Goldnotenbank erledigt werden. Dieser wird vom Reichsbankpräsidenten Dr. Ehrhart eingebracht werden. — Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß der Reichstag dann am Mittwoch den 12. aufgeteilt werden soll; jedoch steht darüber ebenso wie über den Wahltermin noch nichts Endgültiges fest, da die Besprechungen zwischen dem Reichsminister und dem Reichspräsidenten über diese Frage noch nicht abgeschlossen sind.

Berlin, 7. März. Das Reichskabinett hat heute die innerpolitische Situation, vor allem die Frage der Reichstagsauflösung und der Neuwahl erörtert. Entschlossene Beschlüsse sind noch nicht gefaßt worden. Doch hat es den Anschein, als ob im Kabinett jetzt die Meinung überwiegen würde, daß schon aus künftigen Gründen Wahlen im April nicht mehr durchführbar wären und ein Verlegen des Wahltermins auf einen Sonntag im Mai nötig sein würde.

## Eingreifen der Franzosen in Ludwigshafen.

Mannheim, 7. März. Bei den Ausbreitungen in der Anilinfabrik in Ludwigshafen wurden, wie jetzt feststeht, eine Person getötet und zwei schwer verletzt. Unter diesen befinden sich auch zwei Polizisten. Da die Menge im Laufe des Tages erneut wüsten machte, gegen die Fabrikanlagen vorzugehen und die Polizei ohne Wirkung ist, wurden die französischen Militärbefehden zum Eingreifen erlitten. Kurz vor 11 Uhr vormittags rückte dann auch eine französische Offizierspatrouille vor. Der Offizier forderte die Demonstranten auf, den Platz zu räumen. Ein Führer der Demonstranten teilte die Aufforderung der Menge mit, die dann schließlich den Platz verließ. Mit Billigung der Franzosen haben die Demonstranten eine zwanzigköpferige Kommission gebildet, die mit der Direktion der Anilinfabrik verhandeln soll. Die Mehrheit der Mitglieder dieser Kommission gebietet aber nicht zu der Belegschaft der Anilinfabrik, und man vermutet deshalb, daß die Kommissionen ihre Hand im Spiele haben.

## Die „Revision“ von Versailles.

Von U. Rajchbau, Genabter 3. D.

In diesen Tagen hat die Maßnahme eines Mitglieds des englischen Ministeriums allgemeines Aufsehen erregt. Dieser Eindruck hat auch dann noch fortgedauert, als der Leiter der Regierung im Parlament die verheerliche Leistung seines Mitarbeiters als eine Privatauffassung bezeichnete, mit der das Kabinett keinen Einfluß hätte, sich zu befähigen. Er lehnte die Verantwortung dafür ab. Henderson, Staatssekretär in dem wichtigsten Amt des Inneren, hatte bekanntlich die Revision des Versailler Friedensvertrages als zu erzielendes Ziel gefordert. Es unterliegt nun keinem Zweifel, daß die Auffassung Hendersons der Politik entspricht, die seine Partei, als sie noch nicht in der Macht war, vertreten hat. Auch Macdonald selbst hat sich z. B. in der bekannten Zeitchrift „Foreign Affairs“ in einem Sinne geäußert, der auf eine ähnliche Grundanschauung schließen läßt. Er hat es auch im Parlament auf die ersten Anfragen der Gegenpartei vermieden, der von Henderson vertretenen Meinung direkt zu widersprechen. Erst nachdem er erkannt, daß der Sturz des Kabinetts drohe, hat er schärfere Stellung genommen und das Aufstreben seiner Kollegen preisgegeben, in daß sogar sein Gegner Baldwin einlenkte und sich mit der Auffassung zufrieden gab.

Aus diesen Vorgängen ergibt sich das eine, daß Macdonald die Zeit nicht für gekommen hält, die Politik, die er früher als Parteiführer mit Henderson befolgt, amtlich ohne Einschränkung zu vertreten. Er hat ähnlich in einer wichtigen inneren Frage gehandelt, indem er die Forderung seiner Partei wegen härterer Grenzschließung des Privatvermögens jetzt als Minister in den Hintergrund schob. Er hat damit in der eigenen Partei scharfen Widerspruch erweckt und zwar, wie es scheint, nicht bloß bei den sozialistischen Mitgliedern. Er wußte, daß er mit der Einbringung eines solchen Gesetzesentwurfes sofort die beiden Hauptparteien aufeinanderführen würde, und er mußte sich dieses im Falle Hendersons bewußt sein. Die Politik Macdonalds geht aber dahin, die amtliche Lebensfähigkeit seiner Partei bei diesem ersten Versuche nachzuweisen, und er opfert diesem Bemühen vorerst einen Teil der Befreiungen, die er als freier Mann befolgt hat. Die Frage für uns Deutsche ist, ob der englische Staatsmann damit eine wirkliche Schwächung in seiner bisherigen grundsätzlichen Auffassung vornimmt oder ob er nur, was sehr wohl denkbar ist, in ihrer praktischen Durchführung hindert, und bessere Gelegenheiten abwartet.

Damit ist man sich wohl allgemein klar, daß England z. B. nicht in der Lage ist, eine Politik der gewalttätigen Mittel anzuwenden, und ganz gewiß ist die heute herrschende Partei aller derartigen Maßnahmen abgeneigt. Gegenüber dem militärisch so sehr überlegenen Mitteln Macdonalds wird das heutige England zu dem letzten Mittel im Vorkriegsstil nicht greifen, wenigstens solange nicht, als es über hilfsvollere Verbände nicht verfügt. Unter diesen Erwägungen handelt Macdonald vom englischen Standpunkt aus logisch, wenn er vor einem Unternehmense, wie es Henderson in einer Revision des Versailler Traktats vorschlägt, zurückweicht. Er glaubt auch im Interesse seiner eigenen Partei zu handeln, wenn er in seiner schwachen Stellung zwischen den beiden Gegenparteien durch Zurückhaltung sich zunächst eine längere amtliche Lebensdauer zu sichern sucht, die der Partei für die Zukunft weitere Möglichkeiten eröffnet. Man braucht nur die Beschlüsse der letzten Parteitagung zu lesen, auf diese Art ist es möglich, sich zu nehmen, weil die Regierung zur britischen Politik damit nur fördern, in dem Rückstande gegen die französischen Verbündeten, aber die englischen Parteien einander sichtbar nähern. Wir haben vielmehr allen Anlaß, die Welt mit unfernen Protesten gegen die Fortdauer des heutigen Zustandes in Mitteleuropa fortgesetzt zu erfüllen.

Dabei brauchen wir gar nicht mal den Henderson'schen Gedanken einer planmäßigen Revision des Versailler Friedens als Ausgangspunkt zu nehmen, denn er würde auch die allergeringsten formalen und sachlichen Schwierigkeiten stoßen, und seine Vorbereitungen unendliche Zeit beanspruchen. Uns ist schon mit der Hilfe in einigen der wichtigsten Belange zunächst gedient. In dieser Beziehung sollten wir uns nicht begnügen die Beschlüsse der letzten Parteitagung als die Basis zu nehmen. Alle unsere Hoffnungen auf eine Besserung unserer wirtschaftlichen Zustände sind ja vergebens, so lange jenes Gebiet unter dem gemächlichen Druck steht. Die Rentenfrage, die Stabilisierung der Währung, der Haushalt von Reich und Staat sind und bleiben schwer bedroht, wenn wir dort nicht unsere vollen Hebelrechte bald wieder erlangen. Auch unsere Regierung ist von dieser Notwendigkeit durchdrungen, aber sie bringt sie nicht mit solchem Nachdruck zur Kenntnis der gesamten Kulturwelt, daß die öffentliche Meinung gezwungen wird, sich damit in einem Maße zu befähigen, den auch Frankreich sich nicht wird entziehen können. Zeit wird sich für uns eine neue Gelegenheit bieten, die Forderungen zur Sprache zu bringen, welche die beiden Sachverständigen-Ausschüsse das Ergebnis ihrer Beratungen vorgeben werden.

Wir sollten nicht erwidern, die Verhandlung, die wir an Ruhr und Rhein zu ertragen haben, dem Auslande in immer erneuten Notizen zu unterbreiten. Tritt uns dann in irgend einer Form der Vorwurf entgegen, daß diese Verhandlung eine Folge des von uns versuchten Abbruchs des Krieges sei, so haben wir damit erwünschten

